

Für die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Versammlung und Umzug der Angehörigen.
— Staatssekretär Dr. Bauer über die Heimkehrmöglichkeiten.

Im großen Börsensaal am Schottenturm versammelten gestern der Verband der Hilfsgruppen der Angehörigen von Kriegsgefangenen eine Versammlung, die einen stürmischen Verlauf nahm und plötzlich abgebrochen wurde, da die Teilnehmer nach einem geschlossenen Zug zum Parlament verlangten. Zu beiden Seiten der Rednertribüne waren Tafeln angebracht mit Aufschriften wie: „Frauen und Mütter, fordert Eure Männer und Kinder!“ „Seset Eure sibirischen Kriegsgefangenen rotten!“ „Nieder mit dem Oberintendanten Radl, mit Generalmajor Stulz und Konsul Peters. Sie wollen unsere Lieben in Sibirien verkommen lassen!“

Die Präsidentin des Verbandes von Angehörigen der Kriegsgefangenen, Frau Berta Litzmann, eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in der sie betonte, daß die Aktion keinen politischen Charakter tragen dürfe, weil alle Kriegsgefangenen ohne Unterschied unglückliche, hilfsbedürftige Menschen seien.

Staatssekretär Dr. Bauer erklärte, er habe selbst Jahre hindurch die Leiden der Kriegsgefangenschaft mitgemacht und kenne die damit verbundenen materiellen Entbehrungen und seelischen Qualen. Es sei alle Aussicht vorhanden, daß die Bemühungen zum Erfolge führen werden. Eine Kommission sei in der Schweiz tätig, welche unermüdlich Verhandlungen nach allen Seiten pflege. Die Rückkehr der Kriegsgefangenen aus Westsibirien sei erschwert, weil sich dort eine große Anzahl lokaler Regierungen gebildet habe, die miteinander im Kriege stehen. Durch Vermittlung des dänischen Ministerresidenten in Tokio sei eine Aktion angebahnt, diese Kriegsgefangenen unter den Schutz Amerikas und Japans zu stellen, sie in Sibirien zu konzentrieren und dann über den Stillen Ozean heimzuführen. Die Regierung habe diese Vorschläge Dänemarks mit Dank und Freude angenommen, doch sei eine offizielle Antwort bisher nicht eingetroffen. Was das europäische Rußland anbelange, so sei die Organisierung des Heimtransportes erschwert durch den Kriegszustand zwischen Rußland und der Ukraine. Bezüglich der italienischen Kriegsgefangenen müsse aber darauf hingewiesen werden, daß die italienische Regierung das Verlangen nach ihrer Freilassung schroff abgelehnt habe, solange der Friede nicht unterzeichnet sei. Hoffentlich sei damit der Präliminarfriede gemeint.

Eine weitere Schwierigkeit sei die in der Welt herrschende Angst vor dem Bolschewismus. Bei diesen Worten erlitten Zwischenrufe. Der Redner erklärte fortsetzend, es handle sich um Staatsbürger, die ohne Unterschied der politischen Ansicht heimzubringen seien. Als Dr. Bauer sich gegen den Vorwurf wendete, daß im Budget keine Mittel für diesen Zweck ausgeworfen seien, brach im Saale ein anhaltender Tumult aus, so daß der Redner in seinen Ausführungen innehalten mußte. Dr. Bauer erklärte schließlich, daß in dieser Frage Verhandlungen mit den Nationalstaaten eingeleitet wurden, die jedoch — außer mit Ungarn — kein Ergebnis hatten, weil die Tschechen und Südslaven sich auf den Standpunkt stellten, sie seien als Verbündete der Entente in einer anderen Lage. Darum habe die deutschösterreichische Regierung sich dafür entschieden, die hierfür erforderlichen Gelder aus den gemeinsamen Mitteln aufzubringen und darum sei im Budget nichts vorhanden.

Nachdem noch Staatsrat Dr. Dfner es als Pflicht der Nationalversammlung erklärt hatte, für die Befreiung der Kriegsgefangenen einzutreten, sprachen mehrere Heimkehrer. Dann wurden Rufe nach einem Umzug zum Parlament laut. Die noch vorgemerkten Redner mußten auf das Wort verzichten und unter Vorantragung mitgebrachter Tafeln zogen die Teilnehmer der Versammlung in geschlossenem Zuge zum Parlament und entsendeten eine Abordnung in das Volkshaus. Dort wurde jedoch keine der führenden Persönlichkeiten angetroffen, weshalb der Beschluß gefaßt wurde, heute eine Abordnung zum Staatskanzler Dr. Renner und zum Präsidenten Seitz zu schicken. Der Zug löste sich dann in aller Ruhe auf.